

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
(17. - öffentliche - Sitzung am 3. September 2018)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes über den Schutz und die Erhaltung von Wohnraum (Niedersächsisches Wohnraumschutzgesetz - NWoSchG)**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1088](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum Zeitplan für die Vorlage eines eigenen Gesetzentwurfs zu diesem Themenbereich entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die Fraktion der Grünen erklärte, mit einer Zurückstellung der weiteren Beratung dieses Gesetzentwurfs nur bis Anfang 2019 einverstanden zu sein, sofern bis dahin der Gesetzentwurf der Landesregierung vorliegt, damit beide Gesetzentwürfe gemeinsam beraten werden können.

2. **Vollständiger Rückbau und Entsorgung von Windenergieanlagen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1083](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung zu diesem Thema durch die Landesregierung, vertreten durch Angehörige des MU und des ML, entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Atomrisiken nicht weiter exportieren: Brennelementefabrik in Lingen stilllegen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/980](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung zu diesem Thema durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Der Ausschuss kam überein, den Fortgang der Beratung eines inhaltlich ähnlich gelagerten Antrags der Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag abzuwarten und auf dieser Grundlage dann über das Einholen schriftlicher Stellungnahmen - ein entsprechender Vorschlag der antragstellenden Fraktion war heute abgelehnt worden - oder eine Anhörung zu befinden.

4. **Dicke Luft in Städten und Gemeinden: Landesregierung muss den Weg für wirksame Maßnahmen freimachen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/76](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort und kam überein, schriftliche Stellungnahmen von vier besonders betroffenen Kommunen in Niedersachsen sowie von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände einzuholen.

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand bezüglich des Genehmigungsverfahrens zum Kalibergwerk Siegfried-Giesen, LK Hildesheim**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch Vertreterinnen und Vertreter des MU und des MW entgegen und führte darüber eine Aussprache.